

Kämpfe gegen den Terror in Bulgarien

Ein Appell an die Gewerkschaften der Welt

Der Genosse **Bojowitsch** wendet sich als Vorsitzender der KSSJ mit folgendem Appell an die Gewerkschaften aller Länder, insbesondere an die der KSSJ angeschlossenen Organisationen:

Meine Genossen!

Es ist euch bekannt, was in Bulgarien zurzeit vorgeht. Seit dem Untergang dieses Arbeiterblutes in dreien Strömen. Folge der kühnen Mordtaten sind die Arbeiter und Bauern aus äußerster Notwendigkeit, und es ist überaus notwendig, daß die Arbeiter aller Länder energig eingreifen, um dem blutigen Terror einen Damm entgegenzusetzen. In dem wir das Memorandum des ehemaligen Generalsekretärs der bulgarischen Gewerkschaften, Genossen Dimitrow, an Euch überbringen, bitten wir Euch sehr, die in demselben mitgeteilten Tatsachen zur Kenntnis der breiten Arbeitermassen zu bringen und alles Mögliche zu tun, um eine Protestkampagne gegen die Entsetzung der Arbeiter in Bulgarien einzuleiten. Das Memorandum muß in weitestem Maße ausgenutzt werden, es soll als Sonderbrochüre erscheinen, und außerdem ist es erforderlich, die wichtigsten und wertvollsten Teile dieses Memorandums in der politischen Tagespresse und in den Gewerkschaftsorganen abzuveröffentlichen. Es muß zum Gesprochenen werden und mittels Demonstrationen vor den bulgarischen Gesandtschaften auf die in Bulgarien am Staatsrat befindlichen Mitglieder einen Einfluß ausgeübt werden. Die Hauptrolle ist, daß rasch und energig vorgegangen wird. Die weiten Arbeitermassen aller Länder müssen über das in Bulgarien herrschende Blut- und Schreckenregime eingehend unterrichtet werden.

Wir hoffen, daß Ihr das anbei folgende Memorandum in weitestem Maße ausnutzen und alles nur irgend Mögliche tun werdet, um unseren bulgarischen Brüdern zu Hilfe zu kommen.

Anbei folgt die Resolution des Vollzugsbureaus betreffend die bulgarischen Ereignisse, die ebenfalls möglichst ausgiebig verbreitet werden soll.

Mit kameradschaftlichem Gruß

gez. A. Bojowitsch.

Da das Memorandum außerordentlich lang ist, bringen wir hier nur die wesentlichen Stellen. Das Memorandum ist geteilt in die Gewerkschaften aller Länder. Nach der Einleitung über den fortschreitenden Terror in Bulgarien und der Schilderung der sozialen Lage des bereits von vielen Kriegen gebeutelten Landes, insbesondere der Rolle der Regierung Stambuloff und dann später der Regierung Jantoff, die im September 1923 ein türkisches Blutbad unter den bulgarischen Arbeitern und Bauern anrichtete, heißt es wörtlich:

„Trotzdem gelang es der Regierung nicht, das Land zu beruhigen. Die Unzufriedenheit und Enttäuschung der Massen nahmen nach dem September-Verdicht zu. Die Arbeiter- und Bauernmassen erkannten, durch die bittere Erfahrung gewarnt, daß die Kräfte ihrer Niederlage durch ihre Feilscherei bedingt worden war, weshalb sie beschloßen, mit vereinten Kräften den Kampf gegen ihre Feinde aufzunehmen, um ihre verlorenen Rechte wiederzugewinnen.“

Die Regierung Jantoff terrorisierte ihrerseits 20 Monate hindurch das Land in ungehöriger Weise, wobei sie zum Spitem der politischen Arbeit und Revolutionen ihre Zustiftung nahm. Die höchsten und wichtigsten Vertreter der Arbeiter und Bauern, Abgeordnete, Korrespondenten, Mitglieder der Parteien und Gemeinderäte, Journalisten, Gewerkschaftsführer usw. wurden in der freiesten Weise von der terroristischen Organisation der Regierung auf der Straße oder im Gefängnis ermordet. Unter den von Hensershohnd gefallenen Opfern befanden sich auch der Führer des Volksschullehrerverbandes Nikolajow, der auf großem Saule in Varna, die Arbeiterführer Charlamow, Stojanow, der Führer der mazedonischen Arbeiter D. Ch. Djowow, der Führer der Arbeiter der Stadt Warna, der Abgeordnete Todor Strahimirov, die aus dem Hinterhalt in den Straßen Sofias getötet wurden. Tausende Arbeiter und Bauern, Vertreter der wertvollsten Intelligenz, Männer, Frauen und Jugendliche wurden wegen ihrer Zugehörigkeit zu „illegalen“ Organisationen angeklagt und ins Gefängnis genommen, wo sie unbeschreiblichen Torturen unterworfen wurden. Viele nahmen ihre Zukunft zum Selbstmord, um den Folterungen zu entgehen. . . .

Und alle diese Grausamkeiten in Sofia erfolgten im Gebäude der von der Regierung aufgelösten Arbeitergenossenschaft „Freiheit“, die ein großartiges Volkshaus, den Sitz der proletarischen Kultur war, und das in ein Polizeigebäude, in eine fürstliche Festschloßkammer für die Arbeiter umgewandelt wurde.

Tägliche Betätigung der Gewerkschaften ist verboten. Versammlungen und Sitzungen werden auseinandergerissen, die Teilnehmer der Arbeiterversammlungen verhaftet, in die Polizeigefängnisse gesperrt, wo sie unbeschreiblichen Torturen unterworfen werden. Gleiches und andere Aktionen der Gewerkschaften werden in der fürstlichsten Weise unterdrückt. Den Achtundzwei gibt es schon längst nicht mehr. Tausendfach gequält nach seiner Arbeitsergebnisse, die Arbeiter, besonders die Frauen und Kinder, werden unerschrocken ausgebeutet.

Unter dem Schutze dieses barbarischen Regimes begannen die Bankiers, Fabrikanten und Spekulanten mit der schamlosesten, unverschämtesten Ausbeutung der wertvollsten Massen. Gemäß den statistischen Daten sind die Preise der lebensnotwendigen Produkte im Vergleich mit dem Jahre 1910 im Jahre 1923 um 100 Prozent, im Vergleich mit dem Jahre 1925 um 400 Prozent gestiegen. Der Lohn lag im Vergleich mit dem Jahre 1923, im Jahre 1925 auf 68 Prozent, im Februar auf 62 Prozent, der Lohn der Staatsangestellten sogar auf 32 Prozent.

Nachdem Ende 1924 gutes bulgarisches Weizen ausgeführt wurde, wodurch die Regierungs-Spekulanten kolossale Gewinne einbrachten, führten sie im Jahre 1925 bedeutend teureres, schlechteres Weizen für die Ernährung der Bevölkerung bis zur neuen Ernte, wodurch sie neue kolossale Gewinne auf Rechnung der Bevölkerung und des Lebens der wertvollsten Massen machten. Während auf Grund der Einbringung des Staatsbudgets über 900 Staatsangestellte, hauptsächlich Volksschullehrer, auf die Straße geworfen wurden, erhöhte die Regierung um Hunderte Millionen Bana die Rechte für die Polizei, die Gendarmen und Gewarmer, für die Bergbauverwaltung der Unbeschäftigten, indem neuerlich gekündete Soldaten und Offiziere einbezogen wurden, für die ausländische Propaganda (die Betätigung der ausländischen Presse) und für die Aufstellung besonderer Kampfkampagnen zum Kampfe gegen die „Illegalen“, d. h. gegen die unverschämten wertvollen Massen.

Alles dies bewirkte die Zunahme der Enttäschung der Massen gegen die dem Volke fremde und gewalttätig aufgedrängene Regierung der Bankiers, Generäle und Professorens und die Zunahme der Anarchie im Lande. Es bildeten sich aus den vertriebenen „illegalen“ Elementen Arbeiter-Abteilungen und es entstand auf den wütenden Terror der Bourgeoisie griffen die Massen zu terroristischen Akten, als dem Mittel der gegenwärtigen Ge-

schäfte, die bei den herrschenden Bedingungen des Jantoff-Regimes unbeschäftigt sind.

In dieser fürchterlichen politischen Atmosphäre erfolgt die Sprengung der Sozialer Arbeiter.

Statt aber nun aus den fürchterlichen Ergebnissen ihrer eigenen terroristischen Politik die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen und ihren Platz einer anderen Regierung abzuräumen, die die letztere Aufgabe auf sich nehmen möchte, das Land aus dem Zustand der blutigen Anarchie auszuführen, und die Möglichkeit des legalen, politischen und wirtschaftlichen Kampfes wieder zu schaffen, hat die Regierung Jantoff das genannte Attentat auf einen neuen blutigen Mordanschlag ausgenutzt. Die Regierungsbanden töteten in Sofia und in der Provinz, auf Grund vorher von der Polizei zusammengeworfener Listen, einige hundert organisierte Arbeiter und Bauern und Vertreter der Intelligenz, unter denen sich nicht wenige oppositionelle Offiziere und eine große Anzahl Frauen befanden, die der Unterfertigung oder der Sympathie für die „Illegalen“ verdächtigt oder falsch beschuldigt wurden, in graumächtigem Maße. Ungefähr zehnhundert Personen wurden ins Gefängnis geworfen, wo sie in unmenslicher Weise gequält wurden. Die Polizei des Militärs und die fürstlichen Wachen, deren Augen jugendlichere als die Delegierten der englischen Arbeiterpartei Wedgwood, Madinber und Malene waren, dauerte noch an. Der Tod herrschte im Lande, über das der Belagerungszustand verhängt wurde. Es arbeiten ausschließlich Militärgefängnisse, die Presse und die Sozialrespondenz wird schamlos zensuriert. Die Polizei des Militärs und die fürstlichen Wachen belagerten ununterbrochen mit Maschinengewehr, und manches Mal auch mit Kanonen, die Arbeiterbezirke und ganze Dörfer, um diejenigen Arbeiter und Bauern zu fangen, die von ihnen verfolgt wurden und die sich in den Dörfern versteckten, die beschossen und manchmal angezündet wurden, um die „Illegalen“ auszurufen. Unfaßliche Opfer gibt es an jedem Tag. . . .

Die Regierung Jantoff brachte ins Parlament einen Zusatz zum Gesetz für den Schutz des Staates, das ohnehin in keinem anderen Lande ein Beispiel hat, durch, Gemäß diesem Zusatz werden mit dem Tode alle jene bestraft, die der Illegalität verdächtige Personen verfolgen oder unterrichten. . . .

Gleichzeitig werden auf Befehl der Regierung alle Arbeiter und Angestellten der öffentlichen, Gemeindeverwaltungen und der Staatsbetriebe entlassen, Mitglieder der roten Gewerkschaften sind, aber die nur der Sympathie für die Volksbewegung, die gegen die Regierung Jantoff gerichtet ist, verdächtigt werden.

Auf Grund dieses Beschlusses wurden zehnhundert Arbeiter und Angestellte entlassen. Alle Volksschullehrer, Transportarbeiter und Bergarbeiter, die Mitglieder der Gewerkschaften sind, wurden be-

weis auf die Straße geworfen und sie und ihre Familien zum Hungerode verurteilt.

Die Mitglieder unserer ihrerseits die Befehl von Privatbetriebern, daß sie zur Verantwortung gezogen würden, wenn sie in ihren Betrieben „illegalen“ Arbeiter, Witwen und Waisen der roten Gewerkschaften beschäftigen.

Nach all dem fabriziert die Regierung Jantoff, um vor der Außenwelt ihre ungeheuerlichen Missetaten zu verharmlosen, in schamloser Weise verschiedene falsche Dokumente einer angeblichen Beschlusses aus Moskau, die die Vorbereitung des bewaffneten Aufstandes am 15. April zur Errichtung der Sowjetmacht in Bulgarien vorstelt. Es ist aber vollständig klar, daß die Arbeiter und Bauern Bulgariens sich im gegenwärtigen Augenblicke die Errichtung der Sowjetmacht nicht als Kampfmittel stellen und teilen, daß der Kampf unmittelbar um ihre Befreiung von der unterdrückten Anarchie, um die Wiederherstellung der geraden Rechte, der Kollektiv- und Arbeiterfreiheit, der Aufhebung des Ausnahmegesetzes über den Schutz des Staates geführt wird.

Nest spielt die Regierung Jantoff eine widerliche Gerichtskomödie auf, indem sie einen Prozeß der „Organisationen“ der Epilopen in der Festschloßkammer der „Illegalen“ gegen die Arbeiter und Bauern Bulgariens, und besonders im Namen der Arbeiterverbände, mit dem schändlichen Auftrag an Euch, das Proletariat und die Gewerkschaften Eures Landes über die Lage in Bulgarien, über die Gräueltaten, die die militärischen Diktatoren und die sich der aktiven Unterfertigung Bulgariens ausbreiten, besonders der englischen Regierung erfährt, um den Parteien Arbeiterbewegung vertritt, zu informieren. Wir bitten Euch, alles Mögliche zu tun, damit das organisierte Proletariat den grauen Verfolgungen und ermordeten bulgarischen Arbeitern und Arbeiterinnen unerschrocken hilft und auf seine Regierung einen Druck ausübt, damit dieses fürchterliche Regime in Bulgarien beendet wird. Daraus wird in bedeutendem Maße das Schicksal der roten Arbeiter und aller Tausender Arbeiter, Männer und Frauen abhängen. . . .

Moskau, 5. Mai 1925.

Mit kameradschaftlichem Gruß
Generalsekretär des Zentralrats der Gewerkschaften der Arbeiter Bulgariens,
G. Dimitrow.

Ein sozialdemokratischer Schwindel entlarvt

Achtung, proletarische Freidenker!

Die SPD-Presse brachte vor kurzem eine Notiz, wonach die Kommunisten die proletarische Freidenkerbewegung gespalten hätten.

Wir sind heute der Lage, den Beweis zu erbringen, daß das reine Schwindel ist.

Von den Zentralinstanzen der Gemeinschaft proletarischer Freidenker geht uns nämlich folgende Mitteilung an:

Am Sonntag, den 24. Mai, lagte in Leipzig eine Meldegenossenschaft der „sozialdemokratischen“ Freidenker. Die Redaktionsstelle der Zentralinstanzen, heißt aus Hauptvorstand, Beirat, Presse- und Kontrollauswahlgabe und Reichsfinanzrat. Die Sitzung beschäftigte sich im ersten Punkt mit einem Konflikt innerhalb des Hauptvorstandes, dem schlichte und persönliche Gegenstände zugrunde lagen. Die Klärung der Angelegenheit erfolgte in dem Sinne, daß der Hauptvorstand mit 15 gegen 4 Stimmen aufgelöst wurde, zurücktreten. Nach demselben Auftrage verließen sechs Mitglieder der Hauptvorstandes die Sitzung, in welcher Handlung von allen geliebten Teilnehmern der Sitzung, einschließlich der anwesend gebliebenen restlichen zwei Mitglieder des Hauptvorstandes, die ordnungsgemäß weitergeführt wurde, die erfolgte Wiederlegung der Beamten gegeben wurde. Am folgenden Tage, den 25. Mai, erschien in der „Leipziger Volkszeitung“ (manchmal auch in der kürzigen SPD-Presse, D. Red.) folgender Aufsatz:

In die Mitglieder der Gemeinschaft proletarischer Freidenker.

Am Sonntag, den 24. Mai, in Leipzig stattgefundenen Sitzung der Reichszentrale wurde der Hauptvorstand, der in seiner Mehrheit (7-2) in der SPD organisiert ist, aus parteipolitischen Gründen entgegen den Satzungen der Gemeinschaft proletarischer Freidenker § 9 Absatz 2 abgesetzt, obwohl nach dem Statut nur die Hauptinstanzen über die Zusammenlegung des Hauptvorstandes zu beschließen hat.

Der Hinauswurf der SPD-Mitglieder des Hauptvorstandes richtet sich gegen die Sozialdemokratische Partei.

Der alte Hauptvorstand betrachtet sich nach wie vor als zu Recht bestehend.

Wir weisen darauf hin, daß die SPD-Presse nach der Reichsversammlung die Beschlüsse der Beschlüsse der Freidenkerbewegung zu demütigen. Dieser Versuch ist jetzt gemacht worden.

Genossen und Genossinnen, macht die Moskauer Parole zunichte und stellt Euch geschloffen hinter den rechtmäßig gewählten Hauptvorstand.

Leipzig, den 24. Mai 1925.

Der Hauptvorstand der Gemeinschaft der proletarischen Freidenker. Das Landesgebiet Thüringen der Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck des Aufsatzes gebeten.

Darauf ging der „Leipziger Volkszeitung“ seitens der Zentralinstanzen der G. p. folgende Mitteilung zu:

Wichtigste Mitteilung.

In Nr. 119 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 25. Mai 1925 erschien ein Aufsatz „An die Mitglieder der Gemeinschaft proletarischer Freidenker“, in dem unter anderem ein Versuch der Wahrheit behauptet wird, daß die Abweisung des bisherigen Hauptvorstandes der Gemeinschaft sich gegen die Sozialdemokratische Partei richte, ferner wurde diese sogenannte „Abweisung“ als „Hinauswurf“ bezeichnet. Es wird ferner gesagt, daß sich der alte Hauptvorstand als nach zu Recht bestehend betrachtet, daß es sich bei der sogenannten „Abweisung“ um den Versuch handelt, die Führung der Gemeinschaft proletarischer Freidenker in kommunistische Hände zu bringen und daß es sich bei dem Vorgang um eine Moskauer Parole handelt. Wir fordern auf Grund des § 11 des Reglements den Abdruck folgender Erklärung an derselben Stelle in der „Leipziger Volkszeitung“:

Wir erklären hiermit, daß der bisherige Hauptvorstand „abgewiesen“ worden ist, nach, daß diese „Abweisung“ aus parteipolitischen Gründen erfolgt ist.

Wir erklären hiermit, daß es nach den persönlichen Gründen entfallender Konflikt zwischen dem Sekretär der Gemeinschaft und dem bisherigen Hauptvorstand zu einem Wahlausgang zum Besten der Freidenker gegen den Sekretär führt, gegen den der Sekretär mit der gesamten Reichszentrale und der Zusammenkunft zu einer Reichszentrale forderte. Um gleichzeitiges Verlangen anderer Landesgebiete hat der bisherige Hauptvorstand eine Sitzung der Reichszentrale beschloßen und

dabei erklärt, daß diese Sitzung eine Klärung bringen müsse in dem Sinne, daß entweder der Sekretär gehen müsse oder der Hauptvorstand. Nach der Lage, den Beweis zu erbringen, daß das reine Schwindel ist.

Von den Zentralinstanzen der Gemeinschaft proletarischer Freidenker geht uns nämlich folgende Mitteilung an:

Am Sonntag, den 24. Mai, lagte in Leipzig eine Meldegenossenschaft der „sozialdemokratischen“ Freidenker. Die Redaktionsstelle der Zentralinstanzen, heißt aus Hauptvorstand, Beirat, Presse- und Kontrollauswahlgabe und Reichsfinanzrat. Die Sitzung beschäftigte sich im ersten Punkt mit einem Konflikt innerhalb des Hauptvorstandes, dem schlichte und persönliche Gegenstände zugrunde lagen. Die Klärung der Angelegenheit erfolgte in dem Sinne, daß der Hauptvorstand mit 15 gegen 4 Stimmen aufgelöst wurde, zurücktreten. Nach demselben Auftrage verließen sechs Mitglieder der Hauptvorstandes die Sitzung, in welcher Handlung von allen geliebten Teilnehmern der Sitzung, einschließlich der anwesend gebliebenen restlichen zwei Mitglieder des Hauptvorstandes, die ordnungsgemäß weitergeführt wurde, die erfolgte Wiederlegung der Beamten gegeben wurde. Am folgenden Tage, den 25. Mai, erschien in der „Leipziger Volkszeitung“ (manchmal auch in der kürzigen SPD-Presse, D. Red.) folgender Aufsatz:

In die Mitglieder der Gemeinschaft proletarischer Freidenker.

Am Sonntag, den 24. Mai, in Leipzig stattgefundenen Sitzung der Reichszentrale wurde der Hauptvorstand, der in seiner Mehrheit (7-2) in der SPD organisiert ist, aus parteipolitischen Gründen entgegen den Satzungen der Gemeinschaft proletarischer Freidenker § 9 Absatz 2 abgesetzt, obwohl nach dem Statut nur die Hauptinstanzen über die Zusammenlegung des Hauptvorstandes zu beschließen hat.

Der Hinauswurf der SPD-Mitglieder des Hauptvorstandes richtet sich gegen die Sozialdemokratische Partei.

Der alte Hauptvorstand betrachtet sich nach wie vor als zu Recht bestehend.

Wir weisen darauf hin, daß die SPD-Presse nach der Reichsversammlung die Beschlüsse der Beschlüsse der Freidenkerbewegung zu demütigen. Dieser Versuch ist jetzt gemacht worden.

Genossen und Genossinnen, macht die Moskauer Parole zunichte und stellt Euch geschloffen hinter den rechtmäßig gewählten Hauptvorstand.

Leipzig, den 24. Mai 1925.

Der Hauptvorstand der Gemeinschaft der proletarischen Freidenker. Das Landesgebiet Thüringen der Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck des Aufsatzes gebeten.

Darauf ging der „Leipziger Volkszeitung“ seitens der Zentralinstanzen der G. p. folgende Mitteilung zu:

Wichtigste Mitteilung.

In Nr. 119 der „Leipziger Volkszeitung“ vom 25. Mai 1925 erschien ein Aufsatz „An die Mitglieder der Gemeinschaft proletarischer Freidenker“, in dem unter anderem ein Versuch der Wahrheit behauptet wird, daß die Abweisung des bisherigen Hauptvorstandes der Gemeinschaft sich gegen die Sozialdemokratische Partei richte, ferner wurde diese sogenannte „Abweisung“ als „Hinauswurf“ bezeichnet. Es wird ferner gesagt, daß sich der alte Hauptvorstand als nach zu Recht bestehend betrachtet, daß es sich bei der sogenannten „Abweisung“ um den Versuch handelt, die Führung der Gemeinschaft proletarischer Freidenker in kommunistische Hände zu bringen und daß es sich bei dem Vorgang um eine Moskauer Parole handelt. Wir fordern auf Grund des § 11 des Reglements den Abdruck folgender Erklärung an derselben Stelle in der „Leipziger Volkszeitung“:

Wir erklären hiermit, daß der bisherige Hauptvorstand „abgewiesen“ worden ist, nach, daß diese „Abweisung“ aus parteipolitischen Gründen erfolgt ist.

Wir erklären hiermit, daß es nach den persönlichen Gründen entfallender Konflikt zwischen dem Sekretär der Gemeinschaft und dem bisherigen Hauptvorstand zu einem Wahlausgang zum Besten der Freidenker gegen den Sekretär führt, gegen den der Sekretär mit der gesamten Reichszentrale und der Zusammenkunft zu einer Reichszentrale forderte. Um gleichzeitiges Verlangen anderer Landesgebiete hat der bisherige Hauptvorstand eine Sitzung der Reichszentrale beschloßen und

Gemeinschaft proletarischer Freidenker.
Hermann Feinde, Hauptvorstand,
Friedrich Glas, Beirat.
Fritz Simons, Presse- und Kontrollauswahlgabe,
Saus Saus, Arthur Seidman, Reichsfinanzrat.

Gewerkschaftsbewegung

Der dritte Weltkongress der Lebensmittelarbeiter und unsere Aufgaben

Der Dritte Kongress der Lebensmittelarbeiter-Organisationen wird am 20. September 1925 und den folgenden Tagen in Kopenhagen stattfinden. Die Eröffnung erfolgt die Behandlung folgender Tagesordnung: 1. Wahl des Tagesbüros. 2. Festlegung der Tagesordnung. 3. Bericht über die definitive Aufnahme der seit dem zweiten Kongress beigetretenen Organisationen. 4. Tätigkeitsbericht. 5. Internationale Organisationsfragen. 6. Stellung zur Frage der Beilegung der Nacharbeit in den Fabriken. 7. Festlegung des Jahresbeitrages. 8. Behandlung der Anträge des Unionsvorstandes und der Anträge der angeschlossenen Organisationen. 9. Bestimmung des nächsten Kongressortes. 10. Wahl des Unionsvorstandes, der Exekutiv- und des Sekretärs. 11. Bestimmung des Sitzes der Union. 12. Verschiedenes.

Anträge müssen bis zum 20. Juni dem Sekretariat mitgeteilt werden. An die der Union noch nicht angeschlossenen Organisationen wird seitens der Exekutiv- und der Appell gerichtet, den Anschlag noch vor dem Kongress zu vollziehen.

Auf der am 28. und 29. Mai in Stuttgart stattgefundenen letzten Vorstandssitzung der Internationalen Union wurde auf dem Antrag des russischen Delegierten beschlossen, die Tagesordnung durch folgende zwei Punkte zu ergänzen:

1. Die Notwendigkeit der Einheit der Gewerkschaftsbewegung und 2. Kampf um den Achtstundentag.

Besonders die letztgenannten Punkte gewinnen im Zusammenhang mit den anderen Tagesordnungspunkten eine besondere Bedeutung, weil sie direkte Lebensfragen nicht nur der Lebens- und Gewerkschaftsarbeiter, sondern der gesamten Arbeiterschaft aller Länder sind.

Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung ist insbesondere für die Lebens- und Gewerkschaftsarbeiter ohne Ausnahme von großer Bedeutung. Gerade sie sind es, die der Aufnahme des russischen Verbandes in ihre Reihen zuerst den Weg gebahnt haben und deshalb sein weiteres Bestehen in der Union mit allen Mitteln auf dem kommenden Kongress verteidigen müssen. Alle Versuche, nochmals die russische Frage auf dem Kongress aufzurollen — wie es bisher und zuletzt wieder auf der Vorstandssitzung in Stuttgart geschehen — müssen scheitern und künftig ein für allemal unmöglich gemacht werden.

Statt dessen gilt es den Ausbau und die Kräftigung der Internationalen Lebensmittelarbeiter-Union als ein Kampfinstrument in den Händen aller Lebens- und Gewerkschaftsarbeiter zu erkennen. In diesem Sinne ist der Appell seitens der Unionssekretäre nur zu begründen, daß alle noch nicht der Union angeschlossenen Organisationen noch vor dem Kongress ihren Anschlag vollziehen.

Wenn damit alle auf dem Absichtspunkt stehenden Organi-

isationen und freierlei Annahmen gemeint sind, so erklären wir hierzu, daß von uns mit allen Mitteln die Durchführung jenes Appells tatkräftig unterstützt wird bei jenen Organisationen, die uns angeschlossen sind, weil ihnen bisher die Aufnahme in die Union nicht möglich war.

Wenn also die Aufnahme der unserer Internationalen Lebensmittelarbeiter-Organisationen in die Lebensmittelarbeiter-Internationale auf dem kommenden Kongress in Kopenhagen möglich ist und notwendig wird, dann ist jener Augenblick für das IFA, und das von ihr herausgegebene Bulletin gekommen, sich wieder in Wort und Tat, nicht in anderer Weise länger mit dieser Frage zu beschäftigen, da sie dann gegenstandslos geworden ist.

Wenn aber der Appell der Union, an alle nicht angeschlossenen Organisationen sie auch wirklich erreichen und der Anschlag noch vor dem Kongress noch ihnen vollzogen werden soll, um eine Teilnahme am kommenden Kongress herbeizuführen, dann ist dazu folgendes von der Unionssekretäre erforderlich:

1. Schriftliche Einladung aller außerhalb der Internationalen Lebensmittelarbeiter-Union stehenden nationalen Lebensmittelarbeiterorganisationen zur Teilnahme am bevorstehenden Kongress in Kopenhagen.

2. Aufnahme dieser Verbände in die Vereinigung auf dem Kongress.

3. Verzicht der Union auf die Politik der Förderung der Spaltung der Lebens- und Gewerkschaftsarbeiterbewegung und Ergründung der Initiative für die Wiedereinrichtung der Einheit in jenen Ländern, in denen die Bewegung noch gelapst ist.

Mit Recht muß bestritten werden, daß der freie Appell in der Presse nicht einmal allen Organisationen auf dem Kontinent oder in Europa, geschweige denn in Amerika oder in noch anderen Ländern und Weltteilen zur Kenntnis kommt. Wir werden jedenfalls alle uns angeschlossenen Organisationen aufordern, die sofortige Aufnahme in die Union zu beantragen, damit ihre Teilnahme am Kopenhagener Kongress gesichert, und unter Kampfschutz zur Wehrzeit wird, alle Lebensmittelarbeiterorganisationen ohne Ausnahme in der internationalen Union als eine wirkliche Kampf- und Organisations-einheit zu vereinen und dadurch die Voraussetzung zu schaffen, noch gelapstere als das Internationale Unternehmertum alle bevorstehenden Kämpfe siegreich zu bestehen.

Vor einem Bergarbeiterstreik in Frankreich

Die französischen Grubenbarone haben Ende Mai angekündigt, daß die für die nächsten Sonntag ansetzende Kohlenlieferung wieder ausgesetzt würde. Der Nationalrat des reformierten Bergarbeiterverbandes hat daraufhin, bis auf die Vertreter des Nordens, für die Kampfaufnahme gestimmt. Die CGU (der A.G. angeschlossene) hat beschlossen, Verhandlungen mit den Grubenbaronen nur dann aufzunehmen, wenn die CGU (Reformierten) einseitig mit der CGU zusammenarbeitet. Sie tritt einseitig für den Streik ein.

Der Duisburger Streik verhärtet

Duisburg, 4. Juni. Der Straßenbahnerstreik wird verhärtet weitergeführt. Auf eine Anfrage in der Aufsichtsratsung erwiderte die Verwaltung, daß der Betriebsratsvorsitzmann und zwölf Angestellte unter allen Umständen gemäßigter werden müßten.

Wieviel Stunden wird in Deutschland gearbeitet

Der DAB hat eine ganze Anzahl von statistischen Zahlen über die deutsche Schwerindustrie ermittelt und gibt sie in einer Zeitschrift bekannt. Interessant und wichtig für u. a. die Feststellungen über die Arbeitszeit in den schwerindustriellen Betrieben. Die Arbeitszeit von 176 Betrieben mit etwa 272.300 Arbeitern betrug:

- 10 Stunden: in 73 Prozent der Betriebe,
- 12 Stunden: in 82 Prozent der Walzbetriebe,
- 8 Stunden: in 17 Betrieben, in einzelnen Abteilungen,
- in 4 Betrieben des Saategetriebes,
- in 4 Betrieben in Deutschland, (außer Saargebiet).

Es ist sehr fraglich, ob auch in dem größten Teil der 73 Prozent der Betriebe mit zehnjähriger Arbeitszeit in Wirklichkeit nicht noch länger gearbeitet wird. Aber, auch wenn die Zusammenstellung richtig ist — ihr Ergebnis ist niederschmetternd. In ganz Deutschland gibt es nur in vier Metall-Betrieben den Achtstundentag mit diesem Broten zu fördern und von der Mächtigkeits- und Sozialisierung abzuhalten. Schritt für Schritt hat dann das Kapital mit Hilfe der SPD, und der sozialdemokratischen Gewerkschaften, früher auch der DAB, den Broten genommen.

Was kann der Achtstundentag wiedererobert werden?

Audem die Arbeitermassen die Gewerkschaftseinheit und die einheitliche Kampfront in den Betrieben herstellen, indem sie einflußlos machen, die Gewerkschaften zum Kampf für den Achtstundentag zwingen. Die SPD hat in ihrem Offenen Brief die SPD, und die Gewerkschaften aufgefordert, für den Achtstundentag und die anderen einfachsten republikanischen Forderungen mit ihr zusammen zu kämpfen. Die SPD, und die DAB-Führer haben einen solchen proletarischen Vorstoß abgelehnt. Die Arbeiter aber werden ihn ohne Parteierlaubnis aufnehmen.

Kündigungen und Lohnbewegungen dehnen sich aus

Stuttgart, 4. Juni. Die Stuttgarter Bankarbeiter haben den Streik beschlossen und in einer Stärke von etwa 4000 Mann die Arbeit niedergelegt. In Heilbronn streiten 1000 Mann.

Essen, 4. Juni. Die Firma Krupp beschäftigt, sich dem Vorhaben der Bodumer Unternehmer anzuschließen und ihre Bauten stillzulegen, um die am 22. Mai in Berlin festgelegten Bauarbeiterlöhne herabzudrücken.

Münster, 4. Juni. Die Metallarbeiter in der Gegend von Charlols sind in den Ausstand getreten. Die Bewegung nimmt an Umfang zu.

Circus Carl Hagenbeck

Halle a. d. S. Gelände an der Krausenstraße

Abendlich 8 Uhr. — Sonnabend und Sonntag auch 3 Uhr.

das klassische Circus-Programm

Nachmittags bei unverkürztem Programm, Kinder unter 14 Jahren halbe Preise

Täglich von 10-11 Uhr Tierchau und Fütterung der Haustiere

Vorverkauf: Circusstaben und Steinbrecher & Jasper, Marktplatz 1. — Fernruf 6369

Straßenbahnhaltestellen: Bahnhalle-Theater und Berliner Straße (Ecke Friesenstraße)

Allgemeiner Konsumverein Halle und Umgeg., eGmbH.

Wir empfehlen unseren Hausfrauen:

Leigwaren

aus 1705

genossenschaftlichem Eigenbetriebe

Nudeln, Maffaroni

(ersticktauglich)

— mit hohem Nährgehalt

Geschäfts-Eröffnung!

Hierdurch teile ich meinen werten Kunden, sowie der geehrten Gönnerin, daß ich aus der Firma Czernonia & Nissenbaum, Kirchstraße 12, ausgetreten bin und unter meinem Namen

Burgstraße 14

eine Leder- und Schuhbedarfsartikel-Handlung neu einrichten habe.

Da es meine liebsten Betrieben sein wird, meine werte Kundenschaft mit erstklassigem Material zu konkurrenzlos billigen Preisen zu bedienen, bitte ich, mein Unternehmen auch gütigst unterstützen zu wollen.

S. Nissenbaum

Bitterfeld Burgstraße 14

Wir suchen zum 1. Juni einen

Zeitungsträger

für Gutenberg zum 1. Juni 1925 gelandt. Gewissenhafte Trägerinnen wollen sich bei Herrn Herrmann, Dorfstr. 24, melden

Wir suchen zum 1. Juni einen

Zeitungsträger

für Braunsdorf. Meldungen in unserer Filiale Geschäfts-haus Gesäfte, 1. Etage

Gewissenhafte Austräger

loft gesucht „Klassenkampf“, Weihenfels, Marienstraße 46

IM 12619

Katzenmehrschubel gestern zwischen Steben und Eisenber vorerren. Abzugeben im „Klassenkampf“, Halle, Verchenfeldstr. 14, oder in der Filiale in Eisenber, Rathausstraße 7

Programme

Zeitungsträger

für Unter-Epperstedt loft gesucht

Nur gewissenhafte Bewerber wollen sich bei Herrn Richard Krause, Unter-Epperstedt melden

Zeitungsträger (in)

für Bettin zum 1. Juni gesucht

Nur gewissenhafte Bewerber wollen sich sofort bei Herrn Ernst Hlasi, Bettin a. d. S., Markt 21, melden

Gestern, morgens 8 Uhr vertrieben nach schwerem Regen, als Strengspolier, mein herzensguter Mann, Güter seiner lieben Frau, unter guter Sohn, Huber, Schulzeisen und Schwager, der Former

Paul Beringer

im Alter von 28 Jahren

Dies geht im Namen der Hinterbliebenen tieferbetriht an

Wilma Eila Beringer geb. Berger

Die Einsegnung findet Sonnabend, den 6. Juni 7/3 Uhr statt

Bereitsdruckmaschinen liefert die Produktiv-Gesellschaft, Halle a. d. S., Verchenfeldstr. 14.

Familien-Nachrichten

Nachruf

Am 2. Juni verstarb unser guter Vatergeborene

Robert Mierisch

im Alter von 26 Jahren. Unermüdet arbeitete er für die Idee des Kommunismus. Wir zehren sein Andenken stets in Ehren halten

Wir fordern alle Parteigenossen auf, sich zahlreich an der Beerdigung zu beteiligen

Kommunistische Partei Deutschlands Ortsgruppe Wittenberg

Am 3. Juni 1925 verstarb nach langem, schweren Leiden unser guter Sohn, Huber und Schwager

Robert Mierisch

im Alter von 26 Jahren an der Choleraerkrankung

Wittenberg, den 4. Juni 1925

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Familie Aug. Mierisch

Die Beerdigung findet Freitag, den 5. Juni, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle aus statt

Sonder-Verkauf in Turnschuhen u. Sandalen

Turnschuhe	mit Ledersohle	36/42	31/35	25/30	20/24	1,85
Turnschuhe	mit ange-	43/46	35/42	28/34		3,50
Turnschuhe	Cepe Ruberle	43/46	35/42	31/35	27/30	3,25
	Leberingel.	5,95	4,95	4,25		
Leberingel						6,25
Leberingel						5,50
Leberingel						7,25

Schweizerschuhe	5,95	
Leberhauschuhe	3,95	
1760 1 großer Kofen		
Belour-Pantoffel	7,50	
36/42 95 J	31/35 85 J	25/30

Sandalen	Flexibles Doppelsohle	36/42	31/35	27/30	23/25	4,50
Sandalen	mit garant. Crouponsohle	43/46	36/42	31/35	23/26	3,85
Sandalen	durcggelüht	36/42	31/35	27/30		3,95
Damen-Lad-halbhühe	mit Louis XV.-Abjaß					16,50

Wiebach Schuhwarehaus, nur Kleine Ulrichstraße 11-12